

## **Soziale Grundrechte respektieren! Darum geht es bei den Europawahlen.**

Seit Beginn der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise deregulieren mehrere Mitgliedstaaten umfassend und dramatisch ihre Arbeitsmärkte und ihre Systeme der sozialen Sicherheit. Dadurch verlieren Gewerkschaften an Bedeutung; zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Unsicherheit und hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und gesellschaftliche Unruhen sind ebenso die Folge.

Nicht nur die nationalen Regierungen, sondern auch die Europäische Kommission, die EZB und der IWF haben Sparprogramme erzwungen. Dadurch wurde die auf gleichberechtigte Beteiligung ausgerichtete Konsultation der Sozialpartner und besonders der Gewerkschaften umgangen. Weiter wirkten sich die Strukturreformen gegen die Arbeitnehmerrechte aus, behoben jedoch die Wirtschaftskrise in keiner Weise, sondern verschärfen sie in Wirklichkeit. Es gibt zahlreiche Stimmen, die nicht nur um den Bestand des sozialen Europas fürchten, sondern um die europäische Integration im weitesten Sinne.

Aus diesem Grund haben die Mitglieder des Experten-Netzwerks für Transnationale Gewerkschaftsrechte, darunter Professor/innen für Arbeitsrecht aus sieben EU-Mitgliedstaaten, ein Manifest<sup>1</sup> ausgearbeitet. Es soll über jüngste politische Maßnahmen aufklären, die die Gründungsprinzipien der Europäischen Union untergraben. Diese Akademiker/innen fordern die politischen Entscheidungsträger nachdrücklich auf, besonders die sozialen Grundrechte bei der Verabschiedung und Durchführung von Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu respektieren.

Inzwischen haben fast 600 Arbeits- und Sozialrechtler/innen aus ganz Europa das Manifest unterzeichnet und die EU aufgefordert, die sozialen Grundrechte und besonders die kollektiven Arbeitsrechte im Sinne der 1944 von der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen ‚Erklärung von Philadelphia‘ zu beachten und zu fördern. Darin ist festgelegt, dass das Recht auf Teilnahme an Kollektivverhandlungen, auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und auf kollektive Maßnahmen ein wesentlicher Bestandteil des wirtschaftlichen Fortschritts ist. Diese Erklärung ist bis heute die Grundlage zahlreicher europäischer Arbeits- und Sozialgesetze und war die Blaupause für das - derzeit fragile - Europäische Sozialmodell.

Die Mitglieder des Experten-Netzwerks für Transnationale Gewerkschaftsrechte, die die Urheber dieses Manifests sind, sowie die Sozial- und Arbeitsrechtler/innen, die das Manifest unterschrieben haben, bringen damit ihre große Sorge über die Aushöhlung der Kollektivrechte von Arbeitnehmer/innen zum Ausdruck.

Ein typisches Beispiel für die Erosion von Rechten sind die gezielten Maßnahmen zur Verlagerung der Tarifverhandlungen von der nationalen oder Branchenebene auf die einzelnen Unternehmen. Entwicklungen nach diesem Muster erleben wir in Italien,

---

<sup>1</sup> <http://www.etui.org/Networks/The-Transnational-Trade-Union-Rights-Experts-Network-TTUR>

Griechenland, Portugal und Spanien mit der Begründung, dass solche Veränderungen Unternehmen dabei unterstützten, sich an neue Bedingungen im Arbeitsmarkt anzupassen. Warum hat dies eine so große Bedeutung? Weil wir uns im Zuge dieser Veränderungen mit Bestimmungen über Arbeitszeiten und Löhne auseinandersetzen müssen, die – wenn sie auf Unternehmensebene vereinbart werden - für Arbeitnehmer/innen wesentlich nachteiliger sind als Vereinbarungen auf übergeordneter Branchenebene und/oder mit landesweiter Geltung.

Ein weiterer beunruhigender Trend ist der Ausschluss von Vertretern der Sozialpartner und anderer repräsentativer Gremien von der Teilnahme an Kollektivverhandlungen in Griechenland, Ungarn, Italien und Portugal. Die wohl eklatantesten Beispiele finden wir in Ungarn und Rumänien, wo Institutionen des dreiseitigen Sozialdialogs aufgelöst wurden oder der Rückzug der Regierungen aus diesen Strukturen zu einem Bedeutungsverlust geführt hat. Weniger Repräsentation ist gleichbedeutend mit weniger Einflussmöglichkeiten auf Vereinbarungen, die die Arbeitnehmerrechte einhalten und fördern.

### **Das Manifest – ein Bekenntnis zu europäischen Werten**

Das Manifest fordert die Europäische Union und ihre Institutionen nachdrücklich auf, folgende Punkte zu respektieren und zu fördern:

- die im Vertrag von Lissabon festgeschriebenen Werte, nämlich „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte“,
- die Verpflichtung der Union, „auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hinzuwirken“,
- die sozialen Grundrechte, wie sie in der rechtsverbindlichen Charta der Grundrechte der Europäischen Union garantiert sind, und hier besonders das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen (auszulegen im Sinne der einschlägigen IAO-Übereinkommen und der (revidierten) Europäischen Sozialcharta des Europarates), das Recht auf Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung sowie das Recht auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung.

Die amtierende Europäische Kommission missachtet zurzeit gemeinsam mit der Troika grundlegende Teile des Europäischen Sozialmodells und den Geist der ‚Erklärung von Philadelphia‘. Nahezu lautlos ist dieses Sozialmodell weitgehend demontiert worden – seine vollständige Zerstörung ist durchaus nicht ausgeschlossen. Wenn das Europäische Sozialmodell scheitert, wie kann dann das Projekt Europa insgesamt erfolgreich sein?

### **Was können wir unternehmen?**

Wir alle haben die Gelegenheit, unserer Stimme anlässlich der Europawahlen im Mai Gehör zu verschaffen. Bedienstete des Europäischen Parlaments weisen gerne darauf hin, „dass diesmal alles anders ist“. Sie haben recht, denn die anstehenden Europawahlen sind die wichtigsten der Geschichte. Mit dem Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament mehr Macht erhalten, unsere Interessen zu vertreten. Wir sollten sie klar und deutlich äußern. Es ist Zeit zu handeln. Stimmen wir für die Achtung und Förderung der sozialen Rechte in Europa.

Die Mitglieder des Experten-Netzwerks für Transnationale Gewerkschaftsrechte:  
Niklas Bruun, Simon Deakin, Filip Dorssemont, Antoine Jacobs, Csilla Kollonay-Lehoczky, Klaus Lörcher, Mélanie Schmitt, Bruno Veneziani, Isabelle Schömann und Stefan Clauwaert.